

## Wie politisch ist die politische Bildung?

Thesenpapier im Rahmen des Bundeskongresse Politische Bildung am 21.3.2015 in Duisburg

Bereits die Tatsache, dass das genuine Attribut der politischen Bildung, nämlich „politisch“ zu sein, das Thema einer Diskussion ist, gibt Anlass zum Nachdenken. Denn was anders als „politisch“ sollte politische Bildung sein, wenn sie noch **politische** Bildung ist? Aber offensichtlich findet ein Prozess der Entpolitisierung des Faches statt, sonst würde diese Frage allen Ernstes nicht gestellt werden.

Diese Entpolitisierung ist in der Tat an vielen Punkten festzustellen: an der Umwidmung einer an Aufklärung orientierten Bildung hin zu einer funktionalistisch reduzierten Kompetenzbemessung, also am Perspektivwechsel vom Subjekt der Bildung zum Objekt des Lernens; an den Legitimierungsbedürfnissen der Wissenschaft, aus dem heraus messbare „Outputs“ und Standards sogenannter Lernergebnisse aufgelistet werden; am Druck auf die Praxis, die „Qualität“ und die Wirkung ihrer Arbeit zu beweisen u.a.m. Das alles sind bereits erfolgte Weichenstellungen zu einem Verständnis vom Fach, das mit Recht als tendenziell entpolitisiert beschrieben werden kann.

Wie aber wäre das eigentlich „Politische“ zu beschreiben? Das ist und bleibt einfach: Politik ist das Ringen um Ressourcen, Werte und Macht, ist die Artikulation verschiedener, auch gegensätzlicher Interessen, über die in einem öffentlichen Raum verhandelt wird, ist die Fähigkeit, allgemein verbindliche Entscheidungen herbeizuführen.

Aber ein derartiges Verständnis von Politik erfordert von Politiklehrer/-innen in den Schulen und politischen Bildner/-innen im außerschulischen Bereich/in der Erwachsenenbildung, sich politisch zu positionieren, ohne dabei aber auch das unveräußerliche Recht der Selbstaufklärung ihrer Schüler/-innen und Teilnehmer/-innen in Frage zu stellen.

Das kann zu einer Quadratur des Kreises werden, zumal es noch normative Vorgaben und bildungspolitische Erfordernisse zu berücksichtigen gibt. Da müssen politische Bildner/-innen auch „den Mut haben, gegen den Strom zu schwimmen“, wie es Fritz Borinski anmerkte.

Wir leben in einer Gesellschaft, in der es mit wachsender Tendenz im Prekariat Ausgeschlossene und in der Exklusivität Saturierte gibt; in der sehr verschiedene Kulturen aufeinander treffen und daraus ein allseits akzeptiertes Zusammenleben werden muss. Da kann es in der Schule und im Seminar keinen professionellen „Purismus“ geben, der sich in vermeintlich wertneutral daherkommender Objektivität zeigt. Dafür gibt es auch keine abfragbaren Standards.

Der Beutelsbacher Konsens, in einer Zeit geboren, als die Lager der Politikdidaktiker (es waren alles Männer) sich noch in krassem Unterschied, ja fast in Feindseligkeit gegenüberstanden, ist kein Katechismus. Diesen gibt es nur in Religionen, Politik ist aber eine sehr weltliche Angelegenheit.

Der viel beschworene erste Satz des Beutelsbacher Konsens, mit dem ein Überwältigungsverbot formuliert wird, dient Gegnern einer an Handlungen orientierten politischen Bildung als willkommenes Alibi, diese möglichst vom Unterricht, von der Bildungsveranstaltung fern zu halten.

Aber umgekehrt wird ein Schuh daraus: Denn wer den Teilnehmer/-innen seiner Veranstaltung die konsequente Umsetzung des Erlernten in der Realität vorenthält, überwältigt sie auch.